

# Grundsatzprogramm der Liberalen Hochschulgruppen Bayern e. V.

## Präambel

Der Landesverband der Liberalen Hochschulgruppen Bayern besteht aus freiheitlichen und unabhängigen Hochschulgruppen, die sich gemeinsam dafür einsetzen, ihre Vorstellungen einer liberalen studentischen Interessenvertretung auf der Basis der freiheitlich demokratischen Grundordnung und des politischen Liberalismus umzusetzen.

Im Zentrum unserer Arbeit steht der Einsatz für die größtmögliche Freiheit jedes einzelnen Menschen, die ihre Grenzen nur in der Freiheit anderer findet. Unser Ziel ist es, dass die Studenten in Bayern ihr Studium frei und selbstbestimmt gestalten können und sich jeder Student nur aufgrund seiner eigenen Fähigkeiten und Leistungen in einem Studiengang seiner Wahl verwirklichen kann, unabhängig von seinen finanziellen Möglichkeiten, seiner Herkunft, seines Geschlechts oder anderen sekundären Faktoren. Zur Erreichung dieser Ziele engagieren wir uns aktiv in den Gremien der akademischen sowie studentischen Selbstverwaltung und vertreten unsere Werte und Ziele gemeinsam mit unseren liberalen Partnern aktiv in Politik und Gesellschaft.

Der thematische Fokus unserer Arbeit liegt auf der bayrischen Hochschulpolitik und den ihr angrenzenden Politikfeldern sowie auf der Gestaltung der Politik an den einzelnen Hochschulen. Unser Anspruch ist es dabei realistische Lösungen und Konzepte für hochschulpolitische Herausforderungen zu entwickeln und diese auch umzusetzen. Statt einer studentischen Fundamentalopposition wollen wir eine konstruktive Kritik an den bestehenden Missständen und eine aktive Zusammenarbeit mit allen Akteuren der bayrischen Hochschullandschaft um diese zu beseitigen sowie allen Studenten ein freies und selbstbestimmtes Studium zu ermöglichen.

## Freie Studentinnen und Studenten

### Moderne Zulassungskriterien und Regelstudienzeiten

Mangelhafte schulische Leistungen in fachfremden Bereichen sollen bei der Zulassung kein Hindernis mehr sein. Daher fordern wir, dass Hochschulen mehr Freiheit bei der Gestaltung ihrer Zulassungskriterien erhalten sollen, denn Verfahren, die sich primär an der Abschlussnote orientieren, werden den individuellen Kenntnissen und Fähigkeiten von Bewerbern nicht gerecht. Außerdem fordern wir, dass die Hochschulen, ihre Studiengänge evaluieren und die Regelstudienzeiten den tatsächlichen Studienbedingungen anpassen. Dadurch soll die inhaltliche Qualität des Studiums erhöht und den Studenten die Möglichkeit gegeben werden sich intensiver mit ihrem Schwerpunkt oder auch fachfremden Inhalten zu befassen. Nach dem Überschreiten der Maximalstudienzeit sollen Langzeitstudenten durch Studiengebühren die Kosten ihres Studiums vollständig übernehmen.

### Verbessertes Betreuungsverhältnis und ausreichend Seminarplätze

Wir fordern eine deutliche Verbesserung der Betreuungssituation an den bayrischen Hochschulen. Jeder Lehrstuhl muss über genügend Dozenten und wissenschaftliche Mitarbeiter verfügen um eine ausreichende Anzahl an Lehrveranstaltungen und eine schnelle

Korrektur von Prüfungsleistungen zu garantieren. Neben einer guten personellen Ausstattung müssen in den Seminarräumen und Hörsälen ebenfalls genug Sitzplätze vorhanden sein. Wer stehen oder auf dem Boden sitzen muss, kann sich nicht im gebührenden Maße an einer Lehrveranstaltung beteiligen.

## Service

Die bayrischen Hochschulen und Studentenwerke sollen den Bedürfnissen der Studenten wieder gerecht werden. Schnelles WLAN, ausreichend Wohnheimplätze, verlängerte Öffnungszeiten, ein breites Essensangebot sowie ein 24/7 geöffneter Lesesaal sollten keine Wunschträume oder Zukunftsmusik, sondern Standard sein.

Ein Weg dorthin ist, neben einer verbesserten finanziellen Ausstattung der Hochschulen, die Aufhebung der Monopolstellung der Studentenwerke sowie deren mittelfristige Privatisierung. Heutzutage sind die bürokratischen Abläufe der Studentenwerke meist langwierig und die Qualität der erbrachten Leistungen lässt leider oft zu wünschen übrig. Ein geregelter Wettbewerb frei konkurrierender Dienstleister kann diesen Missständen aktiv entgegenwirken. Um Preisabsprachen und Wettbewerb auf Kosten der Studenten zu vermeiden, müssen die Hochschulen eine Rahmenordnung entwerfen, die eventuelle Missstände verhindert.

## Elternunabhängiges BAföG

Die Liberalen Hochschulgruppen Bayern setzen sich für ein elternunabhängiges BAföG ein, welches über den Zeitraum der angepassten Regelstudienzeit ausgezahlt werden soll. Die Höhe der Rückzahlung beträgt 50 Prozent des ausgezahlten BAföGs.

Ein elternunabhängiges BAföG entlastet vor allem Familien mit mittlerem Einkommen, für die ein Studium immer noch eine große finanzielle Belastung darstellt. Gleichzeitig bietet es den Studenten Planungssicherheit und die Möglichkeit ihr Studium ohne Zusatzbelastungen innerhalb der Regelstudienzeit abzuschließen. Da die komplizierte Nachweispflicht entfällt, werden der Staat und die Studenten von unnötiger Bürokratie befreit.

## Stipendien

Die Liberalen Hochschulgruppen setzen sich für ein breitgefächertes und vielfältiges Stipendienangebot ein. Dafür sollen Stipendien sowohl vom Bund (z.B. Deutschlandstipendium, etablierte Förderwerke) als auch von den einzelnen Ländern, aber ebenso von Privaten angeboten werden können. Eine vielfältige Stipendienlandschaft ist für uns eine Bereicherung und bedeutet kein Mehr an Bürokratie, sondern mehr Chancen für engagierte, begabte Studenten. Die Berechnung der Förderungshöhe durch Stipendien nach den jetzigen BAföG-Kriterien soll entfallen.

## Universität und Familie

Wir sehen die Hochschulen in der Pflicht, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, so dass junge Eltern ihr Studium mit ihrem privaten Leben problemlos in Einklang bringen können. Kindertagesstätten mit flexibler Kurzzeit- und Ganztagsbetreuung sind nach Ansicht der Liberalen Hochschulgruppen Bayern wesentlicher Bestandteil jeder Hochschule. Um die Attraktivität für Eltern zu erhöhen ist neben dem Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten darauf zu achten, dass die Vereinbarkeit von Kind und Hochschule erhöht wird. So soll es ausreichende Wickelmöglichkeiten, sowie Eltern-Kind-Räume und Stillplätze geben. Generell sollen sich junge Eltern auf dem Campus willkommen fühlen und die Vereinbarung von Familie und Studium sowie wissenschaftlicher Karriere leicht zu bewerkstelligen sein.

## Keine Verfasste Studentenschaft (VS)

Wir lehnen die VS in ihrer jetzigen Form, als gesetzlich vorgeschriebenes kollektives Zwangssystem, entschieden ab. In den Bundesländern mit einer VS herrschen meist schlechtere Zustände als an bayrischen Universitäten, ohne dass eine VS Abhilfe schafft. Statt die erhobenen Zwangsbeiträge zum Wohl aller Studenten einzusetzen, werden damit oft ideologisch motivierte Partikularinteressen finanziert. Die regelmäßigen Skandale in den anderen Bundesländern sind hierfür ein trauriges Beispiel. Wir fordern stattdessen eine freiheitliche VS, die wirklich dem Wohl der Studenten dient. Eine Möglichkeit hierfür ist zum Beispiel das Vereinsmodell, die genaue Ausgestaltung obliegt jedoch den Studenten an den einzelnen Universitäten. Wichtig ist jedoch, dass ein Ein- und Austrittsrecht sowie freiwillige Beiträge garantieren werden.

## Freie Hochschulen

Die Hochschule ist für uns weitaus mehr als ein Ort der Wissensvermittlung. Sie ist ein dynamisches Forum, auf dem über die aktuellen Ereignisse und Probleme unserer Zeit debattiert und geforscht wird, um neue, innovative Lösungen zu erarbeiten. Dadurch werden nicht nur der Intellekt und Verstand, sondern auch Herz und Charakter gebildet. Da jede Universität verschieden ist, können nur die wenigsten Probleme durch das Bayerische Kultusministerium angegangen werden. Stattdessen müssen die einzelnen Hochschulen mehr Autonomie in ihren Entscheidungen erhalten.

## Mehr Autonomie

In den Bereichen Personal, Finanzen und Organisation sollen die Hochschulen selbst die Entscheidungsbefugnisse haben und das Hochschulministerium nur die Rechtsaufsicht führen, sowie auf Erlasse oder Anweisungen möglichst verzichten. Gleichzeitig sollen die Hochschulen im Rahmen von Globalhaushalten eigenständig über ihre Mittelverwendung bestimmen und selbst entscheiden, welche Profile und Schwerpunkte sie herausbilden und wie sie Studiengänge gestalten. Ebenso soll die Aufnahme der Studenten ausschließlich in der Verantwortung der Hochschulen liegen. Die Vorschriften der Kultusminister-Konferenz, sowie ihre realitätsferne und rigide Umsetzung durch das bayerische Wissenschaftsministerium ohne Sinn für Fächerkultur und praktizierter Lehre lehnen wir als Eingriff in die Hochschulautonomie ab.

## Studentische Mitbestimmung

Die Liberalen Hochschulgruppen Bayern setzen sich für eine starke studentische Stimme innerhalb der universitären Selbstverwaltung ein. Dabei sollen wichtige Entscheidungen nicht gegen den Willen der Studenten gefällt werden dürfen, diese dürfen aber auch keine zu dominante Rolle erlangen. Wir setzen uns stattdessen für eine aktive Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren der bayrischen Hochschullandschaft ein. Um dies zu garantieren, soll in allen gesetzlichen Hochschulgremien sowie in den Kommissionen und Ausschüssen mindestens ein Drittel der Mitglieder von studentischer Seite gestellt werden. Eine Ausnahme bilden die zentralen Studienzuschussgremien, die weiterhin zu 50 Prozent von studentischer Seite besetzt bleiben sollen.

## Finanzierung

Die Finanzierung der staatlichen bayerischen Hochschulen hat aus unserer Sicht auf drei Säulen zu beruhen: staatliche Grundfinanzierung, Drittmittel und nachgelagerte Studienbeiträge. Die staatliche Grundfinanzierung hat den Unterhalt und bedarfsgerechten Bau von Hochschulbauten sowie die Geldmittel für eine qualitativ hochwertige Lehre und Forschung bereitzustellen. Dies soll nach dem Geld-folgt-Student-Modell geschehen. Um

bessere Anreize für den Ausbau von Studienangeboten und Qualität in der Lehre zu schaffen, soll die anteilige Grundfinanzierung der Hochschule unmittelbar an die Studenten gekoppelt werden. Die gezahlten Beträge sollen sich dabei sowohl an der Zahl der Studenten als auch an der Art des Studiengangs orientieren. Das Modell sieht dafür einen länderübergreifenden Ausgleichsmechanismus vor, der von allen Bundesländern nach dem Königsteiner Schlüssel finanziert wird. Durch dieses Modell wird die bürokratische Kapazitätsverordnung überflüssig.

## Nachgelagerter Studienbeitrag

Die Liberalen Hochschulgruppen Bayern setzten sich für nachgelagerte Studienbeiträge in angemessener Höhe, beispielsweise 500 Euro pro Semester ein. Diese müssen erst nach einem abgeschlossenen Studium sowie dem Überschreiten einer gewissen Einkommensgrenze in sozialverträglichen Raten gezahlt werden. Hierbei muss sichergestellt werden, dass die Beiträge gerecht verteilt und zweckgebunden für die Verbesserung der Lehre verwendet werden.

Seit dem Wegfall der Studiengebühren sind viele Universitäten nicht mehr ausreichend finanziert, wodurch die Qualität von Forschung und Lehre leidet. Da Akademiker aus ihrem Studium große persönliche Vorteile ziehen, möchten wir diese auch aktiv an der Finanzierung beteiligen. Nachgelagerte Studienbeiträge bedeuten dabei Generationengerechtigkeit, denn sie bewahren die Zukunftsfähigkeit und verschaffen den Hochschulen Freiheit und Sicherheit. Außerdem sind sie sozial gerecht, da sie im Gegensatz zu Studiengebühren keine finanzielle Einstiegshürde darstellen und die Allgemeinheit bei der Finanzierung der Hochschulen entlastet wird. Die nachgelagerten Studienbeiträge befreien den Staat dabei nicht von seiner grundsätzlichen Finanzierungspflicht, sondern sollen vor allem der Qualitätssteigerung dienen.

## Kooperation mit externen wissenschaftlichen Partnern

Wir wollen den gleichberechtigten Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft weiter ausbauen und Kooperationsprojekte sowie die Gründung von Netzwerken und Arbeitskreisen auch über die Hochschullandschaft hinaus fördern. Kooperationen mit öffentlich geförderten Wissenschaftsinstitutionen wie den Max-Planck-, Fraunhofer-, Helmholtz- und Leibniz-Instituten, dem KIT und anderen externen privaten Partnern haben sich als besondere Innovationstreiber bewiesen und auf diesem Wege können die bayrischen Hochschulen neue zukunftsorientierte Arbeitsplätze schaffen. Wir sehen daneben auch private Forschungsfinanzierung in Form von Auftragsforschung oder durch die Unterstützung mit Drittmitteln als ein weiteres wichtiges Element zur Förderung der wissenschaftlichen Vielfalt an Hochschulen. Wichtig ist aber, dass Externe keinen unmittelbaren Einfluss auf die Ausrichtung von Inhalten der Forschung oder der Lehre nehmen können. Insbesondere sollen sie keinen Einfluss auf die Berufungen an Hochschulen erhalten. Das Finanzierungsmodell von Stiftungslehrstühlen, zusätzlich zu den regulären Lehrstühlen sehen wir grundsätzlich positiv.

## Freie Wissenschaft

### Forschungs- und Meinungsfreiheit statt Dogmatismus

Die Liberalen Hochschulgruppen Bayern setzen sich konsequent für die vom Grundgesetz garantierte Freiheit von Forschung und Lehre ein. Alle politisch, religiös oder ideologisch motivierten Einschränkungsversuche lehnen wir klar ab. Das gilt genauso für die Konkordatslehrstühle wie für die Zivilklauseln. Auch die Versuche bestimmte politische Meinungen vom Campus zu verbannen, lässt sich nicht mit unserem freiheitlichen demokratischen Weltbild vereinigen. So lehnen wir ein grundsätzliches Verbot bestimmter Hochschulgruppen sowie Veranstaltungsverbote, sowohl von universitärer wie von

studentischer Seite klar ab. Stattdessen vertrauen wir den Studenten, selbst ihre eigene fundierte Meinung zu bilden und wollen die Universitäten als Ort der freien Wissenschaft und Meinungsbildung erhalten. Dies gilt nicht für Gruppierungen, die in Konflikt zur freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen

## Keine Zivilklauseln

Wir sprechen uns gegen die Einführung einer Zivilklausel im bayrischen Hochschulgesetz oder an einzelnen bayrischen Hochschulen aus. Stattdessen vertrauen wir den Forschern in ihrer Selbstverantwortung und heben die Bedeutung der im Grundgesetz verbürgten Forschungsfreiheit hervor. Diese darf weder von politischen noch ideologischen Motiven eingeschränkt werden. Die Anhänger einer Zivilklausel stellen Forscher unter einen Generalverdacht und versuchen ihre Forschung als kriegsfördernd zu diskreditieren. Allerdings untersteht die Forschung in Bayern geltendem Recht und Gesetz. Sowohl die Universitäten wie auch die Bundeswehr sind der Friedensorientierung des Grundgesetzes unterworfen. Gleichzeitig verhindert die Zivilklausel keine militärische Forschung, da diese stattdessen von privaten Forschungsinstituten übernommen wird, sondern bedeuten nur einen starken Nachteil für den Wissenschaft- und Wirtschaftsstandort Bayern, da wichtige Dual-Use-Forschung nicht mehr möglich ist.

## Leistung statt Quote

Für die Liberalen Hochschulgruppen Bayern zählen die Leistungen und Fähigkeiten eines Individuums unabhängig von Religion, Herkunft, Geschlecht oder anderen sekundären Faktoren. Quoten bei der Besetzung von Professuren, Gremien oder anderen Positionen innerhalb der Hochschulen lehnen wir daher ab. Stattdessen begrüßen wir neutralitätsfördernde Maßnahmen wie eine anonyme Bewerbung oder die Anonymisierung von Klausuren. Des Weiteren setzen wir und dafür ein, die Frauenbeauftragten an den bayrischen Hochschulen durch eine geschlechtsneutrale Antidiskriminierungsstelle zu ersetzen.

## Digitalisierung

Wir fordern ein landesweites Förderprogramm für den Ausbau der digitalen Infrastruktur an den bayrischen Hochschulen. Im 21. Jahrhundert ist es nicht mehr angemessen, dass die meisten digitalen Lehrmittel und sogar technische Ausstattungen aus Studienzuschüssen finanziert werden. Der Freistaat muss hier größere Beträge für eine Erstausrüstung, sowie Mittel für ein dauerhaftes breites Angebot an E-Books, Onlinekurse und für Modernisierungsmaßnahmen bereitstellen.

Die Förderprogramme und Digitalisierungsmaßnahmen müssen stets dem Anspruch genügen die Lernsituation zu verbessern sowie die Hochschulen freier und effizienter zu gestalten. Rein symbolische Maßnahmen, die keinen Inhalt haben, sowie bürokratischer und zeitlicher Mehraufwand für Dozenten und Studenten müssen vermieden werden. Langfristige Planung und eine solide Finanzierung sollen kurzfristige und planlose Initiativen ohne Mehrwert verhindern.

## Flächendeckendes schnelles unbeschränktes WLAN

An allen bayrischen Hochschulen soll den Studenten und Mitarbeitern ein lückenloses, leistungsstarkes und unbeschränktes WLAN zur Verfügung stehen um eine freie und effektive Forschung zu ermöglichen.

## Digitale Bibliotheken

Wir wollen den Studenten die Freiheit geben ihren Arbeitsplatz selbst zu wählen und nicht auf überfüllte Lesesäle angewiesen zu sein. Daher sollen alle Werke in den bayrischen Hochschulbibliotheken in Zukunft auch in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden. Dazu müssen entsprechende PDF-Lizenzen erworben werden, die auch außerhalb des Campus abrufbar sind. Der Fokus soll dabei zunächst auf Standardwerken und Semesterapparaten liegen. Bei der Digitalisierung muss selbstverständlich darauf geachtet werden, dass die Rechte von Verlegern und Autoren nicht verletzt und ihre Interessen angemessen gewahrt werden.

## Übertragung von Vorlesungen und Massive Open Online Courses (MOOCs)

Um überfüllte Hörsäle zu verhindern, soll Dozenten die Möglichkeit gegeben werden stark besuchte Vorlesungen, vor allem Einführungs- und Pflichtvorlesungen, live zu streamen und auf einer landesweiten Plattform dauerhaft online zur Verfügung zu stellen. Dadurch können Studenten die Vorlesungen besser nacharbeiten und die Bildungsangebote anderer Hochschulen nutzen.

Gleichzeitig soll den Dozenten auch die Möglichkeit gegeben werden, ihre Vorlesungen online als MOOCs anzubieten, an denen auch Nicht-Studenten teilnehmen können und nach einer erfolgreich bestandenen Klausur ein Zertifikat erhalten. Um die Lehrstühle und Korrektoren nicht übermäßig zu belasten soll für die Kurse eine Gebühr erhoben werden, mit der zusätzliches wissenschaftliches Personal finanziert werden kann.

## Campuslizenzen

Für alle wichtigen Arbeitsprogramme und Datenbanken sollen Campuslizenzen erworben werden, sodass diese Programme den Studenten gratis zur Verfügung gestellt werden können. Gleichzeitig sollen auch Fortbildungsmöglichkeiten für diese Programme in ausreichender Zahl angeboten werden.

## Online Wahlen

Eine Stimmabgabe bei der Wahl von studentischen Gremien soll grundsätzlich auch online möglich sein. Der Datenschutz muss hierbei auf jeden Fall gewahrt werden. Bei Bedarf sollen die Hochschulen bei der Einrichtung einer technischen Lösung, die eine geheime Wahl sichert und leicht bedienbar, ist vom Land unterstützt werden.

## Studentische Gründer fördern

An den bayrischen Hochschulen muss eine neue Gründerkultur geschaffen werden, die studentische Gründer fördert und ermutigt, statt ihnen unnötige Steine in den Weg zu legen.

Daher fordern wir, dass Urlaubssemester für Unternehmensgründer leicht und schnell beantragt werden können und der Freistaat Stipendienprogramme auflegt, da eine Unternehmensgründung schnell eine große finanzielle Belastung darstellt. Gleichzeitig sollen die einzelnen Hochschulen studentische Gründer vor Ort unterstützen, indem sie qualifizierte Schulungen über ihre Kompetenzzentren anbieten und entsprechende Beratungsstellen sowie Gründerbörsen zur Vernetzung einrichten.

## Barrierefreiheit in Kopf und Hörsaal

Ein barrierefreier Zugang zu Bildung für alle Menschen ist eine liberale Grundforderung. Daher fordern wir eine deutliche Aufstockung der Fördermittel um neben einem baulich und organisatorisch barrierefreien Campus auch eine gute Betreuung von Studenten mit Behinderung zu ermöglichen. Hierbei ist es besonders wichtig, dass sich Menschen mit Behinderung nicht speziell bevor- oder benachteiligt, sondern als gleichberechtigtes Mitglied der Universität fühlen. Sollte eine Lehrveranstaltung in einem nicht barrierefreien Raum stattfinden, muss bei Bedarf ein einfacher Raumwechsel in einen barrierefreien Raum möglich sein. Ebenfalls sprechen wir uns dafür aus, dass Sprachkurse in Gebärdensprache oder Blindenschrift angeboten, sowie studentische Inklusionsprojekte gefördert werden.

## Internationaler Austausch

Die Liberalen Hochschulgruppen Bayern begrüßen das ERASMUS-Programm der Europäischen Union ausdrücklich. Es fördert den Austausch von Studenten und damit den interkulturellen und interreligiösen Dialog. Daher fordern wir einen weiteren und sukzessiven Ausbau des Programmes aber auch eine Individualisierung des Zuganges. So soll sich jeder Student seine potentielle Gasthochschule im Rahmen des Bewerbungsprozesses im gesamten ERASMUS-Gebiet frei aussuchen können und nicht nur an die Partneruniversitäten seiner Hochschule gebunden sein.

Einer Ausweitung auf Staaten, die nicht in der EU sind – wie etwa der Schweiz –, stehen wir positiv gegenüber. Grenze des ERASMUS-Programmes muss aber der europäische Kontinent sein. Ansonsten droht die Gefahr, dass das ERASMUS-Programm in Konkurrenz zu anderen staatlichen, internationalen Förderprogrammen stößt. Stattdessen sollen weitere Kooperationsmodelle auf über-europäischer Ebene geschaffen werden die an das ERASMUS-Programm angelehnt sind.

Dieses Grundsatzprogramm wurde auf der Landesmitgliederversammlung am 16.06.2018 in Erlangen beschlossen.